

An die  
Präsidentin des Burgenländischen Landtages  
Frau Verena Dunst  
Landhaus  
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 25. März 2022

**Selbständiger Antrag**

**der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Dipl.-Päd. DI Carina Laschober-Luif,  
Kolleginnen und Kollegen**

**auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Sicherung der  
Lebensmittelversorgung**

Der Landtag wolle beschließen:

## **EntschlieÙung**

### **des Burgenländischen Landtages vom ..... betreffend Sicherung der Lebensmittelversorgung**

Der Krieg in der Ukraine hat in Europa alles verändert. Auch die Versorgung mit Lebensmitteln ist in Gefahr, die Preise werden deshalb zukünftig massiv steigen. Der Grund dafür liegt auf der Hand, denn mit einem Anteil von 30 Prozent sind Russland und die Ukraine zusammen die größten Weizenexporteure und auch 20 Prozent des Maisexportes entfallen auf diese beiden Länder. Die Gefährdung der Lebensmittelversorgung ist aufgrund dieser Größenordnung massiv.

Diese Situation wird durch die Pläne der EU-Kommission, wertvolle Ackerflächen stillzulegen, noch verschärft. Die Folgen wären weitreichend: Die Versorgungssicherheit nimmt weiter ab und die Importabhängigkeit steigt. Jetzt gilt es, die heimische Erzeugung von Lebensmitteln zu stabilisieren und das Potenzial der Landwirtschaft innerhalb Europas bestmöglich zu nutzen. Dazu braucht es jetzt ein Umdenken in der europäischen Agrarpolitik. Jeder Quadratmeter landwirtschaftlichen Bodens muss genutzt werden. Sämtliche Auflagen zur Stilllegung von Ackerflächen müssen gestoppt werden.

Auch die Burgenländische Landesregierung ist jetzt dringend gefordert und muss ihren Teil zur Versorgungssicherheit der Burgenländerinnen und Burgenländer mit Lebensmitteln beitragen. Mit dem „Bio um jeden Preis“-Kurs passiert derzeit das Gegenteil, wie eine Anfrage an Landeshauptmann Doskozil gezeigt hat. In der neuen Landhausküche kommen lediglich 13 Prozent der eingesetzten Produkte aus dem Burgenland. Das Land Burgenland ist gefordert, von diesem Kurs Abstand zu nehmen und die heimische Landwirtschaft gezielt zu stärken. Auch müssen endlich konkrete Pläne zur Steigerung der Selbstversorgungsgrade vorgelegt werden.

Außerdem muss das Land angesichts der Wichtigkeit der Versorgungssicherheit von großen Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen Abstand nehmen, weil sich diese entsprechend der Verordnung zur Zonierung nahezu ausschließlich auf wertvollen Ackerflächen befinden. Hier gibt es im Burgenland genug Alternativen. Zuerst müssen

daher alle Dächer mit Photovoltaik-Anlagen verbaut werden, dann vorbelastete Flächen und erst zum Schluss sind andere Flächen heranzuziehen. Die Freiflächenverbauung muss daher letzter Ausweg sein, denn die Versorgungssicherheit durch unsere heimischen Landwirtinnen und Landwirte hat jetzt oberste Priorität.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, ein Maßnahmenpaket zu schnüren, um die Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln zu garantieren und dabei insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Vom Kurs „Bio um jeden Preis“ ist Abstand zu nehmen, um die heimische Landwirtschaft zu stärken, indem mit sofortiger Wirkung alle Landesbetriebe, sowie landesnahen Betriebe (z.B.: KRAGES-Krankenhäuser) auf 100 Prozent burgenländische Produkte umstellen,
2. umgehend einen Plan zur Steigerung der Selbstversorgungsgrade in allen Bereichen bis 2030 dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen und
3. den Plan, burgenlandweit 1500 Hektar an Ackerflächen mit Photovoltaik-Anlagen zu verbauen, stoppen und auf Dächer vor Äcker bei den Photovoltaik-Anlagen setzen.

Die Burgenländische Landesregierung wird weiter aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge alles tun, um produktionseinschränkende Vorgaben in Österreich zurückzufahren und insbesondere

1. Stilllegungs- sowie Vorbehaltsflächen zur Lebensmittelerzeugung freigeben und
2. die Pflichtstilllegung aussetzen oder zumindest über den Anbau von Leguminosen erfüllen.